

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

49 (3.12.1947)

947  
dig  
vom  
der  
sch  
nem  
er  
neue  
ande  
aben  
rich  
chei  
gane  
der  
hrif  
neur  
wie  
ntnis  
chen  
In  
nach  
teilen  
die  
kel  
emo  
ge  
hlie  
ngen  
Berat  
prin  
„Die  
land  
ge  
die  
sch  
über  
ab  
olks  
Weg  
swil  
alter  
alten  
drin  
ver  
eine  
hat.“  
s“  
temo  
fang“  
atho  
ent  
n un  
hmen  
von  
go:  
denz,  
htigte  
erung  
und  
gefür  
n an  
hat  
erneh  
chen,  
in ge  
führ  
tieren  
st ab  
r, der  
ellen  
einer  
ttet.“  
ppas“  
t der  
Mar  
üllung  
nach  
rteilen  
en. In  
k der  
erung  
politi  
altung  
d der  
Vor  
ellung  
ferenz  
a Zel  
ht, am  
ferenz  
nnun  
Veran  
iltär  
ihre  
y. m.  
erker  
11. 47  
ichtig  
ieißer  
Partei  
baden  
Kunz  
Mann  
R 1. 4-4  
ng der  
Würt  
900.

# VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 49

Mannheim, den 3. Dezember 1947

Preis 15 Pfg.

## Volkskongreß für deutsche Einheit!

Initiative der SED, um dem deutschen Volk in London Gehör zu verschaffen

### Bedeutungsvoller Entschluß

Am 26. November 1947 fand unter dem Vorsitz der Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl eine außerordentliche Tagung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Auf ihr wurde nach Referaten des Genossen Wilhelm Pieck und Genossen Otto Grotewohl der bedeutungsvolle Beschluß gefaßt, angesichts des Beginns der Londoner Außenministerkonferenz und des Versagens einiger Führer der deutschen Parteien, in letzter Stunde zu einem deutschen Volkskongreß für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden aufzurufen.

Die bisherigen Bestrebungen, eine gesamtdeutsche Beratung der politischen Parteien zustande zu bringen, sind an dem verantwortungslosen Verhalten Dr. Schumachers und in letzter Zeit auch an dem Zurückweichen Jakob Kaisers, der seinen früheren Standpunkt preisgegeben hat, gescheitert. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist in den letzten Wochen und Monaten bis an die Grenze der Selbstaufgabe gegangen, um eine gesamtdeutsche Beratung aller politischen Parteien zu ermöglichen. In der gegenwärtigen Situation betrachtet sie es jedoch als ihre Pflicht, nach dem Versagen anderer Parteien, selbst die Initiative zu ergreifen und das deutsche Volk aufzurufen, seinen Wunsch nach einem gerechten Frieden und seinem Willen nach einem einheitlichen demokratischen Deutschland durch einen deutschen Volkskongreß zum Ausdruck zu bringen und so seiner Stimme auf der Londoner Außenministerkonferenz Gehör zu verschaffen.

### Kirchenvertreter für Volkskongreß

Probst Krüger hat sich beim Büro des deutschen Volkskongresses gemeldet, um mitzuteilen, daß er sich vorbehaltlos in den Dienst der großen Sache der deutschen Einheit stellt.

### „Er spricht zu viel“ Der französische Sozialist Grumbach über Dr. Schumacher

Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Antwerpen wurde beschlossen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied aufzunehmen. Nach der Abstimmung in dieser Frage erklärte der französische Delegierte Salomon Grumbach: „Meine Ja-Stimme bedeutet nicht

### Laßt alles Trennende beiseite!

Die Londoner Außenministerkonferenz hat begonnen. Es geht um die Gestaltung des Friedens für Deutschland. Das deutsche Volk wünscht, daß es darüber zu einer Verständigung der alliierten Mächte kommt. Von einem gerechten Friedensvertrag hängt die Zukunft Deutschlands ab. Es ist der Wille des deutschen Volkes, daß der Friedensvertrag mit ihm abgeschlossen und es durch eine Vertretung auf der Londoner Konferenz gehört wird.

Leider sind alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien über die Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz an dem Widerstand führender Männer der SPD und bürgerlicher Parteien in den westlichen Besatzungszonen gescheitert. Schließlich hat auch noch der Führer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone seine Zustimmung verweigert. In einem der entscheidendsten Augenblicke versagen die Führer dieser Parteien und lassen das deutsche Volk im Stich.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) kann und will sich mit diesem Zustand nicht abfinden.

Sie erachtet es als ihre Pflicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen Willen der Londoner Konferenz darzutun und seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Die SED ruft in letzter Stunde dazu auf, alles Trennende beiseite zu lassen.

### Es geht nicht um Parteien, sondern um unser Volk!

Auf Grund bereits vorliegenden Einverständnisses vieler Organisationen schlagen wir vor:

Alle antifaschistischen demokratischen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, Betriebsräte und Belegschaften von Großbetrieben, Organisationen der Bauernschaft, Vertreter der Wissenschaft und Kunst Deutschlands sollen ihre Stimme gemeinsam für das deutsche Volk erheben. Wir laden ein zu einem

### Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden

am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin (Admiralspalast, Friedrichstraße 101).

Tagesordnung: 1. Der Wille des deutschen Volkes zu einem gerechten Frieden, für Demokratie und Einheit Deutschlands. Referate und Aussprache.  
2. Wahl einer Delegation zur Londoner Außenministerkonferenz.

Allen Parteien, Organisationen und Großbetrieben empfehlen wir, sofort Stellung zu unserem Vorschlag zu nehmen und die Vorbereitung für die Entsendung der Delegierten für diesen Volkskongreß zu prüfen. Weitere Verständigung zu den teilnahmebereiten Organisationen soll unmittelbar folgen. Zustimmungserklärungen und Begrüßungen sowie die Anmeldung der Delegationen bitten wir sofort an folgende Adresse zu richten:

Büro des Volkskongresses, Berlin N 54, Lothringer Straße 1.

Berlin, den 26. November 1947.

Der Parteivorstand der SED:  
Wilhelm Pieck                      Otto Grotewohl

notwendigerweise, daß ich restlos mit Kurt Schumacher einverstanden bin. Er spricht zu viel und sagt gar nichts. Er ist kein wirklich repräsentativer Führer.“

### „Der Zwietracht mitten ins Herz!“

Pieck und Grotewohl zum Volkskongreß

Auf einer öffentlichen Kundgebung in Halle a. d. Saale sprach Otto Grotewohl zur Londoner Konferenz und dem deutschen Volkskongreß. Er führte aus: „Wir sind dem russischen Außenminister Molotow für seine Haltung dankbar, daß die Zukunft Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse entwickelt werden muß. Die Beschlüsse von Potsdam sind die einzige Grundlage der bisher einmütigen Auffassung der Alliierten. Wir wünschen, daß Deutschlands Zukunft auf dieser Grundlage aufgebaut wird. Jede andere Voraussetzung zielt auf Einzelstaaten ab, die jeder Deutsche ablehnt.“

„Wenn wir“, so erklärte Grotewohl, „die von Außenminister Marshall dargelegte prinzipielle Auffassung kritischer als die Molotows betrachten, weisen wir entschieden die Argumentationen zurück, die uns wegen unseren zwingenden wirtschaftlichen und nationalen Überlegungen als Ver-

fechter russischer Interessen beschimpfen.“

„Mit dem Aufruf zum Volkskongreß glauben wir, das ausgesprochen zu haben, was im Herzen eines jeden deutschen Menschen als Wunsch schlummert. Wir können in dieser Stunde die Hände nicht mutlos in den Schoß legen. Wir dürfen es in dieser Stunde nicht Fremden überlassen, mit dem deutschen Volke zu machen, was sie allein für richtig halten. Der Kongreß wird dazu beitragen, daß das Wort Ullrich von Huttners Wahrheit wird: „Die deutsche Zwietracht mitten ins Herz getroffen.“

Wilhelm Pieck sprach in einer überfüllten Kundgebung in Stralsund. Seine Rede wurde noch in einen zweiten Versammlungsraum übertragen. „Wir wollen von London einen gerechten Frieden“ war das Leitmotiv seiner Ausführungen.

In beiden Kundgebungen wurden Resolutionen angenommen, die den Volkskongreß in Berlin begrüßten.

### Gemeindewahlen vor neuem Hungerwinter

Von Fritz Kunz, Betriebsrat bei Daimler-Benz

Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß Gemeinderatswahlen ein weniger großes Interesse entgegengebracht wird, als dies im allgemeinen bei anderen Wahlen der Fall ist. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wenn das schaffende Volk den württemberg-badischen Gemeinderatswahlen am 7. Dezember nicht eine gesteigerte Anteilnahme entgegenbringen würde. Es gibt genügend Gründe, die das volle Interesse aller Werktätigen an diesen Wahlen erfordern.

Wir stehen an der Schwelle eines neuen Winters. Es wagt niemand mehr zu bestreiten, daß dieser Winter die zwei vergangenen an Elend übertreffen wird. Die Londoner Konferenz tagt. Das deutsche Volk erhofft von ihr, daß sie eine wirkliche Friedenskonferenz sein wird. Es wünscht kein Friedensdiktat, sondern einen Friedensvertrag. Dazu ist nötig, daß Vertreter des deutschen Volkes auf der Londoner Konferenz gehört werden. Ein Bekenntnis zur Kommunistischen Partei bei den Gemeinderatswahlen ist ein Votum für die Partei, die am entschiedensten sich gegen die Zerreißung und für die deutsche Einheit einsetzt. Daß die Kommunistische Partei der Propagandaoffensive des mächtigen Amerikas aus-

gesetzt ist, hebt die Gemeinderatswahlen in Württemberg-Baden über die gewöhnliche Bedeutung hinaus. Amerika ist Verfechter kapitalistischer Grundsätze, die dem Unheil, das über uns und die Welt gekommen ist, Pate gestanden haben. Das Bekenntnis zur Kommunistischen Partei bei den Gemeinderatswahlen ist deshalb eine Entscheidung zur wirklichen Demokratie und zur Überwindung der Zustände, unter denen das schaffende Volk so bitter leidet.

In der Bezwingung der Ernährungskatastrophe sehen wir Kommunisten die wichtigste demokratische Aufgabe. Wir erleben zweieinhalb Jahre lang ein stetiges Wachsen der Verwaltungsinstanzen, der Bürokratie und ein ewiges Streiten über Kompetenzen. Wir erleben, wie der schwarze Markt über den Weg des Kompensationsgeschäftes zum Beherrscher unseres Lebens wurde. Wir erleben Unfähigkeit und Sabotage und das Verhindern des Aufbaus einer wirklichen Demokratie.

Wir wurden in unseren Ernährungsschwierigkeiten auf die Hilfe vom Ausland vertröstet. Der Hunger ist dabei größer geworden. Das Zusammen-

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Alle wählen



Kommunisten

### Bergarbeiter wählen Delegierte

Bereits in den ersten 24 Stunden nach Veröffentlichung des Beschlusses des Parteivorstandes der SED, zur Einberufung des deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, haben vier Schachtanlagen des Ruhrgebietes in Belegschaftsversammlungen begeistert ihre Zustimmung zur Abhaltung des Volkskongresses in Berlin erklärt und Delegationen gewählt.

### Bauern begrüßen Volkskongreß

Die 500 000 Mitglieder umfassende Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe begrüßte die Initiative zur Einberufung des deutschen Volkskongresses und versicherte ihre vollste Mitwirkung bei seiner Durchführung.

### Jugendvertreter für die Initiative

Die Jugenddelegation aus der britischen und amerikanischen Zone, die gegenwärtig an der in Halle stattfindenden zweiten gesamtdeutschen Jugendkonferenz der SED und der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD teilnimmt, begrüßte die Einberufung des Volkskongresses und versprach, alles zu tun, um auch in Westdeutschland zu seinem Gelingen beizutragen.

### Paul Löbe über den Volkskongreß

Wie der „Morgen“, Berlin, berichtet, hat das Vorstandsmitglied der SPD erklärt, er bedauere, daß es nicht schon früher zu einer allgemeinen Kundgebung gekommen sei. Seiner Meinung nach sei der Volkskongreß zu spät einberufen worden, denn mittlerweile würden wahrscheinlich schon die Hauptentscheidungen in London gefallen sein.

## Am 7. Dezember: Deine Stimme den Kommunisten!

(Fortsetzung von Seite 1)

legen der englischen und amerikanischen Zone sollte die Wendung bringen. Der Hunger ist noch größer geworden. Es steht unerbitlich fest: Nur durch eigene Kraftentfaltung werden wir unsere Lebensprobleme meistern.

Die CDU trägt sichtbar die Schuld für die katastrophale Lage auf dem Gebiete unserer Versorgung. Sie stellt in der Bizone und in den Länderregierungen die Hauptverantwortlichen dieses Sektors. In Mannheim mußten wir es erleben, daß gerade in der Zeit, wo 70 000 Arbeiter wegen der schlechten Ernährung und der Verschleppung des Mitbestimmungsrechtes streikten, der CDU-Oberbürgermeister Braun dem CDU-Ernährungsminister Stoß Dank schreiben übersendet und diesem versichert, daß er alles getan habe, um Mannheims Lage als schlechtversorgteste Stadt zu bessern. Ein Hohn auf die tatsächliche Lage.

Ich spreche als Arbeiter eines Mannheimer Großbetriebes. Mir ist nicht die gewerkschaftsfeindliche Haltung, die die Demokratische Volkspartei auf ihrem Zonenparteitag in Schwetzingen bewiesen hat, entgangen. Mich verwundert nicht, wenn diese Partei sich zum Schildknappen der Unternehmerverbände und des Großkapitals macht. Die Demokratie dieser Partei ist eins mit den Unternehmerinteressen. An ihrer Spitze steht ein Mann, der die höchste Staatsfunktion Württemberg-Badens sehr wohl mit der Eigenschaft eines Großaktionärs kapitalistischer Unternehmen zu vereinigen weiß. Ich glaube, darin ist der Grund zu suchen, wenn im württemberg-badischen Ministerrat das Ausführungsgesetz über das Mitbestimmungsrecht auf die lange Bank geschoben wird. Man soll nicht glauben, daß man um seine Verwirklichung herumkommt. Mit ihm muß den Schiefern und Wucherern, die das schaffende Volk in Stadt und Land ausplündern, das Handwerk gelegt werden.

Wenn ich mich im Betrieb und in den Gewerkschaften umschaue, werde ich keinen Gegensatz unter sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gewahrt. Alle Arbeiter, ganz gleich welcher Partei sie angehören, tragen das gleiche Leid und sind von dem gleichen ehrlichen Willen besetzt, das Unheil zu wenden, um zu Verhältnissen zu kommen, in denen Gerechtigkeit in der Erfassung und Verteilung der Bedarfsgüter herrscht. Allerdings, was Dr. Schumacher als sozialdemokratische Politik vertritt, steht im Gegensatz zu diesem ehrlichen Willen, denn dieses schließt jedes Bekenntnis zu kapitalistischen Plänen, ganz gleich ob sie von der deutschen oder ausländischen Reaktion kommen, aus. Dr. Schumacher hat sich aber zum Anwalt dieser Pläne gemacht. Ein Arbeiter gibt sich dazu nicht her, auch nicht der sozialdemokratische. Darin besteht unter allen Arbeitern Einmütigkeit, daß die Einheit Deutschlands notwendig ist und seine Zukunft demokratisch und sozialistisch sein muß, wenn es überhaupt eine Zukunft haben soll.

Schaffendes Volk, wähle am 7. Dezember die Kommunistische Partei!

### Sozialistische Parteien und Marshallplan

Sozialistenkonferenz gegen die politischen und sozialen Bedingungen des Marshallplanes

Auf der z. Z. in Antwerpen tagenden Konferenz der sozialistischen Parteien kam es am Sonntag zu heftigen Meinungsverschiedenheiten über den Marshall-Plan. Der Vertreter der amerikanischen Sozialisten, der nur als Beobachter zugelassen ist, und bekanntlich die ausgesprochen trotzkistische Linie der amerikanischen Labour-Partei vertritt, stellte den Marshall-Plan und eine neu zu gründende sozialistische Internationale als Grundpfeiler des Neuaufbaues Europas dar. Sozialistische Delegierte der Volksdemokratien verurteilten diesen Plan, wäh-

rend Delegierte der westlichen Länder ihn unterstützten. In der Resolution sind folgende Hauptpunkte enthalten: Ablehnung des Marshall-Planes und Billigung der amerikanischen Europa-Hilfe nur unter der Bedingung, daß sie keine politischen und sozialen Zwangsmaßnahmen enthält; Verurteilung der Intervention in Griechenland; Ablehnung der Schaffung feindlicher Blocks in der Welt; Unterstützung der Einheit Deutschlands und Anerkennung der Vereinten Nationen als einzige Organisation für Gewährleistung des Friedens.

### Westdeutschland zum Volkskongreß

Es geht um Deutschlands Zukunft

Wie uns aus Berlin berichtet wird, laufen aus den Westzonen in steigendem Maße Telegramme, Begrüßungen und Zustimmungserklärungen zum Volkskongreß ein. Eine große Anzahl von Teilnehmern aus Großbetrieben, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen haben ihr Erscheinen ange-

meldet. Zahlreich sind auch die Anmeldungen von Vertretern der Einheitsausschüsse und von bekannten Persönlichkeiten aus freien Berufen, aus Wissenschaft, Kunst und Literatur. In vielen Versammlungen wurden Entschlüsse gefaßt, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, in denen der Volkskongreß begrüßt wird.

### Mitbestimmungsrecht für Stadt und Land

Gemeinsames Kampfziel der Arbeiter und Bauern

Es besteht vielfach der Eindruck, als ob die Frage der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben nur eine Angelegenheit der Arbeitenden in den Betrieben sei. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Diese Frage betrifft die Werktätigen draußen im Lande nicht weniger als die in der Stadt. Ein wirkliches Mitbestimmungsrecht bedeutet Kontrolle und Einfluß der Arbeiterschaft auf Verwendung und Verteilung der Produkte, bedeutet, daß sie nicht mehr Kompensationsobjekt des Unternehmers ist. Das bedeutet, daß die Schaffenden in der Stadt wie auf dem Lande nicht mehr in den verhängnisvollen Kreislauf des Kompensationsgeschäftes gezwungen werden können und die Ausbeuteten von Wucherern und Schiefern sind. So lange die Bauern auf dem Dorfe industrielle Erzeugnisse und tägliche Bedarfartikel nicht anders als auf dem Wege des Kompensationshandels bekommen, werden sie diesen Weg beschreiten müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Wer gegen die Unmoral und Ungerechtigkeit dieses Zustandes angeht, muß wissen, die Voraussetzungen, die zu ihm führen, zu ändern und abzuschaffen. Wenn mit der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes erreicht wird, daß die Erzeugnisse der industriellen Produktion dem Bauern auf normalen Wegen zugänglich gemacht werden, dann fällt für diesen der Zwang weg, sich in die Hände der Hyänen des Schwarzen Marktes zu begeben und selbst schuldig zu werden an der herrschenden Ungerechtigkeit. Die Interessen der Werktätigen in Stadt und Land haben darum ein kon-

kretes, gemeinsames Ziel. Das Ziel ist der gemeinsame Kampf um die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes. Es ist der Kampf für Gerechtigkeit, zur Schaffung der Voraussetzungen, der katastrophalen Ernährungslage und ihren zersetzenden Erscheinungen erfolgreich zu Leibe rücken zu können.

(Aus der als Manuskript gedruckten Broschüre der Landesbezirksleitung Nordbaden: „Im Kampf gegen den Hunger“)

### Das Firmenschild täuscht

Ein englisches Urteil: CDU — keine demokratische Partei

Die englische Wochenzeitschrift „New Statesman and Nation“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 15. 11. 47 über die Parteien in Württemberg-Baden. Als Folge des Nazisystems ist das politische Denken im deutschen Volk noch sehr im Rückstand und nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat sich in den Parteien organisiert. „Von diesen sind rund 50 Prozent Sozialdemokraten, 40 Prozent sind Kommunisten und die restlichen 10 Prozent verteilen sich auf die CDU und die Liberalen“. Bei den Wahlen indessen erhält die CDU die meisten Stimmen, und zwar, so stellt das Blatt fest, dank der Unterstützung der Kirche. Dabei kann die CDU, trotz eines linken Flügels mit Männern wie Kaiser in Berlin und anderen, in ihrer Organisation wohl schwerlich als eine demokratische Partei betrachtet werden. „Ein hoher fran-

### Die Praxis des Marshallplans

Luxemburg erhält 12 Millionen Dollar; aber unter welchen Voraussetzungen?

1. Die USA-Bank gibt keine Dollar, sondern nur einen Warenkredit.
2. Von diesen 12 Millionen Dollar müssen für 10 Millionen Dollar Waren in USA bestellt werden. Nur für 2 Millionen Dollar kann Luxemburg Waren in anderen Ländern bestellen.
3. Die Anleihe schreibt vor, daß nur Materialien für den Eisenbahnbau und für ein neues Walzwerk gekauft werden können. Dieses Walzwerk befindet sich im Besitz ausländischen Kapitals.
4. Die finanzielle Regelung für diese Wareneinfuhr geht direkt an eine amerikanische Bank über. Sie kontrolliert also, ob die bestellten Waren den Anleihebestimmungen entsprechen.
5. Die Anleihebedingungen schreiben vor, daß Luxemburg in keinem anderen Land irgend eine Anleihe aufnehmen darf. Ein bezeichnendes Beispiel der USA-Anleihepolitik.
6. Die Anleihe sieht vor, daß amerikanische Inspektoren an Ort und Stelle überprüfen können, ob die Anleihebedingungen auch erfüllt werden. Diese Inspektoren sind auch berechtigt, die allgemeine Lage des Landes zu untersuchen. Daraus ergibt sich nach den Auffassungen luxemburgischer Kreise folgende Konsequenz: Wenn nach der Einschätzung dieser Beauftragten des amerikanischen Kreditgebers die Rückzahlung nicht gesichert ist, kann die Anleihe sofort aberufen werden. Das bedeutet also praktisch die würgende Hand des USA-Kapitals am Lebensnerv der luxemburgischen Wirtschaft. Im kommenden Frühjahr stehen die Wahlen in Luxemburg bevor. Damit nicht erst die Gefahr heraufbeschworen wird, daß ein Wahlausgang den amerikanischen Geldgebern mißfällt und sie sofort die Rückzahlung der Anleihe verlangen, diskutieren die reaktionären Regierungsparteien heute bereits darüber, die Kommunistische Partei zu verbieten.

### Warum wird gegen Kommunisten gehetzt?

Warum wird gegen Kommunisten gehetzt?  
In Presse und Rundfunk das Messer gewetzt?  
Sind sie's, die mit Volkes Not spekulieren?  
Ernährung und Wirtschaft sabotieren?  
Mit frischem Mut und Gottvertrauen  
Und Kompensationen Geschäftshäuser bauen?

Sind's Kommunisten, die in Schwarzhandel machen?  
Und die demokratische Ordnung verächtlich?  
Sind sie's, die Kriegsverbrecher schützen?  
Die heute in hohen Ämtern sitzen?  
Industrieerzeugnisse zu kompensieren belieben?  
Kartoffeln, Fett und Obst verschleiben?

Ist Schlange-Schönigen vielleicht Kommunist?  
Oder Herr Stoß, der Ernährungsminister?  
Herr Dinkelbach oder Herr Roelen, die alten  
Pg's, die nun Kohle und Stahl an der Ruhr verwalten?  
War Simpfendorfer vielleicht Kommunist?  
Der mit Hangen und Würgen gegangen ist?

Sind's Kommunisten, die schleimmen und prassen?  
Die dem Volk magere Kalorien verpassen?  
Sind sie's, die zu neuem Kriege schüren?  
Und im Geist wieder frisch drauflosmaschieren?  
Die Deutschland in zwei Teile trennen?  
Und alles, was „östlich“, mit Lügen berennen?

Sind's Kommunisten, die, um das Chaos zu steigern,  
Dem Volk die Mitbestimmung verweigern?  
Sind sie's, die etwa nur jammern und klagen?  
Und nichts gegen Volksverbrecher wagen?  
Aus Angst, sie könnten dabei riskieren,  
Deren Wählerstimmen zu verlieren?

Haben Kommunisten den heißen Sommer gemacht?  
Und jetzt kalte Winde aus Rußland gebracht?  
(Wie die Wettermeldungen berichten)  
Um das „Wahlklima“ herzurichten?  
Sind Kommunisten schuld, daß im Weltenlauf  
Die Sonne geht stur im Osten auf?

Warum wird gegen Kommunisten gehetzt?  
In Presse und Rundfunk das Messer gewetzt?  
Mit dem Wunsch, sie restlos zu isolieren  
Und schließlich zu hängen, zu massakrieren?  
Warum? Warum? So könnte man stundenlang fragen!  
Warum? Weil sie die Wahrheit sagen!

Weil sie den Schaffenden ein anständig' Leben  
Und ein einheitliches Deutschland erstreben,  
Weil sie Monopolisten nicht erlauben,  
Deutschland restlos auszurauben.  
Nur deshalb wird gegen Kommunisten gehetzt  
Und der Generalangriff in Szene gesetzt!

Die Hetze wird uns nicht irritieren!  
Wir werden die Schläge frisch parieren!  
Wir sagen frei mit Ben Akiba:  
„Das war immer so! Das war alles schon da!“  
Doch unseren Kampf hält in seinem Lauf  
Bestimmt weder Ochs noch Esel auf!

Wer sich in dieser Hetze sonnt,  
Steht mit Hitler und Goebbels in einer Front!  
Einst ist uns doch der Sieg beschieden!  
Wir kämpfen um Deutschland, um Freiheit und Frieden!  
Gegen Monopole und Militaristen!  
Wir, die verlästerten Kommunisten!

### Gedenktage DER WOCHE

3. 12. 1943 Hans Günther, antifaschistischer Kämpfer, hingerichtet.
5. 12. 1936 Annahme der Stalinchen Verfassung durch VIII. Sowjetkongreß. 1791 Wolfgang Amadeus Mozart gest.
6. 12. 1941 Beginn der großen Gegenoffensive der Roten Armee bei Moskau — Erste große Niederlage der deutschen Truppen.
7. 12. 1835 Erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet.

### Der Dollar auf dem Altar

„Wieder einmal wird das unabdingbare Recht des Arbeiters, zu verhungern, als eine der Hauptsäulen des freien Unternehmertums dastehen. Wieder einmal wird ein totales Absehen von der menschlichen Würde als unangreifbares Prinzip der Geschäftswelt anerkannt werden. Wieder einmal wird der allmächtige Dollar auf den Altar erhoben und als einziger wahrer Gott angebetet werden.“ (B. J. Shell, Weihbischof von Chicago, in der Zeitschrift „Ende und Anfang“ vom 1. 11. 1947.)

-Lux-



